

zentraler Bedeutung. Nicht zuletzt aus der Einsicht, dass Raum sozial konstruiert ist, folgt aus dieser Sicht letztlich die Kontingenz des Zusammenhangs zwischen Staat, Territorialität und Souveränität. Deren Reifizierung verleiht u.a. dazu, die Folgen der aktuellen Globalisierungssprozesse zu überschätzen, ohne dass freilich die Praxis der „wechselseitigen Anerkennung der ‚territorialen Integrität‘ ... souveräner Staaten“ (96) obsolet wäre. Eine viel diskutierte Strömung repräsentieren die an Marx anknüpfenden kritischen Geographen um David Harvey. Bedenkenswert ist die von Belina zitierte Kritik Heide Gerstenbergers, Harvey begrenze die „Analyse des kapitalistischen Systems ... auf die Benennung seiner Funktionen“ (99). Dennoch erlaubt die Verknüpfung mit der Problematik der Akkumulation des Kapitals die Analyse der Indienstrategie der Geopolitik und Geoökonomie „von staatlichen Apparaten zusammen mit kapitalistischen Akteuren“ (101).

In der Reihe kritischer Denkschulen darf der Neogramscianismus nicht fehlen. *Laura Horn* bietet einen guten Überblick über die Problematik der Hegemonie, wobei freilich etwa bei der Fordismus-Analyse von Robert W. Cox (109) eine Fixierung auf den globalen Norden deutlich wird – ein Kritikpunkt, der den von Horn referierten hinzuzufügen wäre. Sie schließt mit einer Skizze konkreter Forschung zum hegemonialen Projekt der US-Neokonserverativen.

Im zweiten Teil des Buches werden ausführlicher konkrete Analysen vorgestellt. *Stefan Schmalz* geht den Folgen der „Weltwirtschaftskrise 2008“ für das „internationale Staatensystem“ (125) nach und betont dabei vor dem Hintergrund historischer Krisenerfahrungen, vor allem derer von 1929, insbesondere

die Gewichtsverschiebungen innerhalb dieses Systems. Wesentlich sind dabei die Ungleichzeitigkeiten zwischen den unterschiedlichen Teilsystemen, vor allem Wirtschaft, Politik und Militär. Insgesamt befinden wir uns Schmalz zufolge in einer Art Hängepartie: „Anders als in der Zwischenkriegsphase, als England nicht mehr fähig und die USA nicht Willens waren, eine neue globale Regelung zu schaffen, sind China und die Schwellenländer heute hierzu noch nicht in der Lage und die USA und die EU offenkundig nicht dazu bereit.“ (141) Die dadurch bedingte Labilität kann insbesondere in einem „Währungswettlauf“ münden, und die „soziale Polarisierung ... in eine politische Radikalisierung umschlagen“ (142). Dieser Gefahr habe „der Westen“ durch eine kluge Politik zu begegnen, d.h. „den eigenen Machtverlust gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern ... zu akzeptieren“ (142).

Wird schon der Wert dieses Artikels durch das zum Zeitpunkt der Drucklegung bereits überholte Datennaterial eingeschränkt, so gilt dies verstärkt für *Ralf Roloffs* Analyse der Außenpolitik der Obama-Administration. Das hier gezeichnete, von der Anfangsphase bestimmte Bild einer durchgängigen Umkehr vom Vorgehen der Administration von Bush jun. und einer Rückkehr zu den Prinzipien der Vorgänger-Administrationen – wobei Roloff freilich die Übertreibung dieser Prinzipien unter Ronald Reagan vermerkt – lässt sich bestenfalls durch einen frühen Zeitpunkt der Niederschrift erklären.

Dagegen erläutert *Tobias ten Brink* informativ einen wichtigen Aspekt des Aufstiegs der VR Chinas: ihre Beziehungen zu den anderen Staaten

Ostasiens. Wesentlich ist dabei, dass gerade die stärksten Staaten – China, Japan und Südkorea – nicht Mitglied in der Regionalorganisation ASEAN sind, sondern in deren Beratungen lediglich einbezogen werden. Außerdem ist die Region eine wichtige Interessensphäre der USA. China hat vor allem mittels „weicher“ Machtstrategien an Ansehen und Einfluss gewonnen, sein Verhältnis zu den USA „lässt sich als gegenseitige, aber angespannte Abhängigkeit kennzeichnen“ (178). Dieses spannungsreiche Verhältnis könnte sich durch einen weiteren Machtgewinn Chinas und verschärfte Rivalitäten durchaus konfliktuell zuspitzen.

Die von Schmalz angesprochene Problematik konkretisiert *Jens Wissel* anhand der außenpolitischen Schwäche der EU, die eine zuweilen diskutierte eigenständige imperiale Rolle letztlich ausschließe. Gründe sind die bekannte institutionelle Fragmentierung, aber auch – in erkennbarer Dissonanz zu Überlegungen im ersten Teil des Buches – das Fehlen „eines Territoriums, dessen innerer Raum geeint und ‚homogenisiert‘ ist, ferner der Mangel eines ‚Staatsprojekts(es)‘“ (191). Daher verwundert es nicht, wenn „in der Außen- und Militärpolitik ... nach wie vor die europäischen Nationalstaaten innerhalb der EU“ dominieren (198). Aus normativer Sicht erscheint angesichts absehbar zunehmender Gewaltkonflikte die Perspektive vorzuziehen, dass „der schlafende Riese [EU] nicht erwacht“ (199). Dies wird aus ganz anderer Perspektive abschließend von *Anna Geis* unterstrichen, die nachdrücklich die unter Berufung auf Kant immer wieder vorgebragene Annahme vom „demokratischen Frieden“ in Zweifel zieht, nach der

Demokraten untereinander nicht Krieg führen. Geis betont insbesondere die Ambivalenzen der Moderne und damit verknüpfte Entzivilisierungstendenzen. Diese seien zwar nicht zu verabsolutieren, doch stünden sie modernisierungstheoretischen Annahmen, zu denen dann auch die These vom „demokratischen Frieden“ zähle, entschieden entgegen. Geis erinnert unter Bezug auf den „Krieg gegen Terror“ an demagogische Mobilisierungspotentiale und die Operation mit Feindbildern zur Schaffung von Konsens, die das Kantische Bild von den rational ihre Risiken abwägenden, daher den Krieg allermeist ablehnenden Bürgern eher ins Reich der Idylle verweisen. Vor diesen Hintergrund wirft sie der dieser These nach wie vor anhängenden *mainstream*-Forschung vor allem eine geschichtslose Sicht vor, die zudem noch auf den zwischenstaatlichen Krieg fixiert sei und damit an einem Großteil des aktuellen Kriegsgeschehens vorbeigehe.

Insgesamt gibt der Band wichtige Hinweise, die die Grundthese in bedenklicher Weise bestätigen: Intensivierte internationale und globale Beziehungen tragen keineswegs per se zur Befriedung der Welt bei, vielmehr besteht die Herausforderung darin, die sich wandelnden Konfliktmuster zu verstehen.

Reinhart Köppler

Kristina Dietz: *Der Klimawandel als Demokratiefrage. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2011, 320 Seiten

Lokale Land- und Wassernutzungskonflikte werden sich – geographisch ungleich verteilt – in Folge globaler

Erwärmung, zunehmender Klimaschwankungen und Extremwetterereignisse verschärfen. Die Ursachen dieser Konflikte liegen aber nicht allein im Klimawandel, sondern begründet. Vielmehr werden Klimawandeldiskurse durch den klimapolitischen Mainstream instrumentalisiert, um soziale Ungleichheit zu naturalisieren. Im vorliegenden Buch bescheinigt die Autorin der Klimaforschung, zur Empfindung des Klimawandelproblems beizutragen, und zeigt mit ihren akteurs- und prozessorientierten Fallstudien in Nicaragua und Tansania, welche Faktoren berücksichtigt werden müssen, um die Zusammenhänge zwischen sozialen und ökologischen Prozessen erkennen zu können. Ein Konzept für eine entsprechende komplexe Analyse, die sozial-ökologische Wechselwirkungen berücksichtigt, liefert sie gleich mit. Den entscheidenden Einfluss auf den Grad der Vulnerabilität (Verwundbarkeit) haben demnach nicht die direkten Klimawandelfolgen, wie längere Trockenzeiten, veränderte Vegetationsperioden oder Überschwemmungen, sondern politische und soziale Kräfteverhältnisse. Indem Kristina Dietz Vulnerabilität als einseitig kontextspezifisch und andererseits als Ergebnis globaler Prozesse beschreibt, räumt sie mit dem Bild des armen Klimawandelopfers im Süden auf.

Die Monographie setzt die Reihe „Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis“ fort, in der mittlerweile elf Arbeiten erschienen sind, die Raum als Produkt sozialer Prozesse verstehen. Dietz untersucht die historischen und kontextspezifischen Bedingungsgefüge von Vulnerabilität sowie die Bedeutung politischer Repräsentation, sozialer Ungleichheiten und politischer Teilhabe und Teilnahme. Damit stellt sie der funktionalistisch geprägten Vulnerabilitätsforschung, die sich auf quantifizierbare Phänomene wie Verlust von landwirtschaftlicher Produktionsfläche, Wohnhäusern oder Infrastruktur oder die Anzahl von Toten und Verletzten beschränkt, eine Alternative entgegen. Sie arbeitet das dominierende dualistische Verständnis von Natur und Gesellschaft heraus und schlägt eine dialektische Perspektive zwischen natürlichen und gesellschaftlichen Wandelprozessen vor. Dabei bezieht sie sich auf Ansätze der Politischen Ökologie, der Partizipations-, Ungleichheits- und Demokratietheorie und die Intersektionalitätsdebatte.

Die Autorin tritt mit dem Anspruch an, ihren konzeptionellen Ansatz einer komplexen Vulnerabilität an zwei Fallbeispielen zu untersuchen. Das ist kein triviales Unterfangen, denn es gilt, eine multidimensionale, multiskalare, relationale Analyse durchzuführen, welche miteinander verwobene soziale Ungleichheiten, historisch spezifische Formen der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die Strukturen des politischen Systems und die hierin eingeschriebenen sozialen und politischen Herrschaftsverhältnisse in den Blick nimmt. Vulnerabilitätsforschenden auf der Suche nach einer übertragbaren Methodologie werden allerdings nicht voll befriedigt, da die Ergebnisse auf einem stark hermeneutischen Vorgehen beruhen und Dietz das methodische Vorgehen nicht detailliert darlegt. Das ist aber auch schon meine einzige Kritik am Buch – und die gilt leider für die Mehrzahl politikwissenschaftlicher Arbeiten. Als Quellen dienen statistische Daten, Sekundärliteratur,

Dokumente, qualitative Interviews und Beobachtungen während mehrmönatiger Forschungsaufenthalte.

Mit ihrer Veröffentlichung leistet Dietz einen wichtigen Beitrag für die interdisziplinäre Klimaforschung, der klimapolitisch relevante Folgen hat. Denn die Bewertung nationaler, regionaler und sektoraler Vulnerabilität ist aktuell das entscheidende Kriterium der Prioritätensetzung für die Anpassung an den Klimawandel – und die Finanzierung entsprechender Maßnahmen in Ländern des globalen Südens. Die Autorin räumt außerdem mit der demokratietheoretischen Annahme der sozialwissenschaftlichen Klimaangepassungsforschung auf, politische Partizipation erhöhe automatisch die Anpassungskapazität vulnerabler Gruppen. Es kommt darauf an, ob unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an politischen Entscheidungsprozessen *top down* organisierte Konsultationsprozesse verstanden werden oder Formen der Mitbestimmung und Mitgestaltung. Für konkrete Entscheidungsprozesse auf lokaler Ebene zeigen die Fallstudien sehr deutlich, welche Bedeutung gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse im Allgemeinen und Klientelismus und *Gatekeeping* im Besonderen bei der Durchsetzung von Partikularinteressen haben. Als Indiz legt Dietz in ihren Fallstudien historisch verankerte Macht- und Herrschaftsbeziehungen sowohl der Kolonialen wie der postkolonialen Phase offen und macht die sozialräumliche Kontextualisierung von Besitzverhältnissen, Landnutzungsformen sowie Zentralisierungs- und Dezentralisierungsprozessen nachvollziehbar.

In der internationalen Klimapolitik stehen sich zwei Narrative gegenüber, die Klimawandel entweder als globales Umweltproblem oder als Entwicklungsproblem des Südens darstellen. Klimawandel als Folgewirkung fordristischer Naturbeherrschung und kapitalistischer Konsummuster wird durch diese Narrative nicht reflektiert. Die Fallbeispiele aus Tansania und Nicaragua stellen aber gerade diesen Zusammenhang als zentral heraus: Den LeserInnen wird vor Augen geführt, dass für eine wirksame Klimapolitik mehr Verfahrensgerechtigkeit auf allen Entscheidungsebenen notwendig ist. Diese wird es jedoch nicht ohne mehr Verteilungsgerechtigkeit geben, da der Zugang zu Ressourcen das entscheidende Kriterium von Vulnerabilität ist – mit oder ohne Klimawandel. Die Autorin formuliert das Grundproblem eingeschränkter Handlungsspielräume im Umgang mit Klimawandelfolgen so: „Vulnerabilität wird in dem Sinn politisch erzeugt, indem die besonders betroffenen Akteure von politischen Entscheidungsprozessen, Räumen der Partizipation und sozialer Teilhabe auch unter demokratischen Verhältnissen weitgehend ausgeschlossen bleiben.“ (262)

Der Klimawandel muss als unkontrolliertes Terrain und als Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse verstanden werden, wenn es nicht zur Verschärfung seiner negativen Folgen kommen soll. Auf analytischer Ebene sind hierfür Historizität, Kontextualität, Maßstäblichkeit und die politische Dimension von Vulnerabilität zu untersuchen. Dies in Angriff genommen zu haben, ist das Verdienst des Buches.

Sybille Bauriedl